

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

**Katharina Focke MdEP: Trotz Unzufriedenheit mit der EG, wir brauchen Europa mehr denn je.** Seite 1

**Klaus Wattig MdEP würdigt Sizzo Mansholt an dessen 75. Geburtstag: Erfinder einer anderen EG-Agrarpolitik.** Seite 4

**Gerd Benner, Mitglied des Bundesvorstands der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA), erinnert die SPD an ihre Hauptaufgaben: Frieden sichern, Arbeit schaffen, Umwelt schützen.**

Seite 6

36. Jahrgang / 175

13. September 1983

Resignation ist nicht erlaubt

Zur zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments

Von Dr. Katharina Focke MdEP  
Designierte Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl

Am 17. Juni 1984 wird zum 2. Mal das Europäische Parlament direkt gewählt. Ich mache mir nichts vor: Die politischen und psychologischen Rahmenbedingungen für diese 2. Wahl sind schlechter als 1979. Das hat eine Reihe von Gründen: Die Europäische Gemeinschaft tritt praktisch seit 1979, dem Jahr auch der zweiten Ölpreiskrise, auf der Stelle. Sie hat sich in der erneuten Rezession noch handlungsunfähiger erwiesen. Durch sie gibt es keinen Wohlstandszuwachs mehr zu verteilen, der Agrarmarkt bleibt weiterhin ein großer Skandal, die Finanzierungsquerelen dauern an und selbst so einfache Erwartungen wie weniger Personenkontrollen an den Binnengrenzen bleiben unerfüllt.

Schlimmer noch: das ganze Konzept nicht der Gemeinschaft, aber des gemeinsamen Marktes ist ebenso fragwürdig geworden, wie der uns hierzulande bis zum Überdruß wiederholte Spruch: Der Markt wird es schon machen. Der gemeinsame Markt hat in Wahrheit die Kluft zwischen armen und reichen Regionen in der Europäischen Gemeinschaft, entgegen den Absichten des Vertrages noch größer werden lassen. In der Europäischen Gemeinschaft gibt es zwölf Millionen Arbeitslose, davon allein fünf Millionen Jugendliche, diese vor allen Dingen gerade auch in den ausgepowerten Randgebieten, während die Tendenz zu immer stärkerer Zusammenballung der industriellen Zentren weiter zugenommen hat.

Kurz: Vielen erscheint heute die Europäische Gemeinschaft - das wissen wir aus ständigen Meinungsumfragen der Kommission in Brüssel - als Inbegriff aller Fehlentwicklungen unserer Industriegesellschaft. Und von daher stammt die Gleichgültigkeit, ja auch die Ablehnung der befragten Bürger. Dies ist umso auffälliger, als das Ja zu Europa durch dieselben Meinungsumfragen sich als unverändert groß erweist. Aber dieses Ja zu Europa bezieht sich auf eine vage Europa-idee auf eine allgemeine Vorstellung von Europa, und nicht auf die Europäische Gemeinschaft so wie sie heute in Wirklichkeit ist. Beide sind keineswegs deckungsgleich.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Druck: ...  
...  
...

nicht nur für die Tatsache, daß noch lange nicht alle westeuropäischen demokratischen Länder der EG angehören; das hat nicht nur damit zu tun, daß das historische und kulturelle Bewußtsein der Bürger auch das größere Europa diesseits und jenseits der Trennungslinie zwischen West und Ost umfaßt. Das hat vor allen Dingen zu tun mit dem Zustand unserer heutigen Europäischen Gemeinschaft. Und die Enttäuschung über sie wird auf das Europäische Parlament übertragen, obwohl gerade vom Europäischen Parlament und in ihm vor allem von der Sozialistischen Fraktion wichtige Impulse für eine Neuorientierung der Europäischen Gemeinschaft ausgehen.

Daß dieses Parlament nur wenige Kompetenzen hat, Kompetenzen vor allem im Haushaltsbereich, daß in Wahrheit in der Europäischen Gemeinschaft der Europäische Rat oder der Ministerrat entscheiden, das heißt die in diesen Gremien versammelten europäischen Regierungen, wird nicht deutlich genug erkannt. Parlament und Regierungschefs oder Minister werden in einen Topf geworden.

Das Ganze ist umso schlimmer, als der Europäische Problemdruck zunimmt, als einer wachsenden Gleichgültigkeit bis Abneigung gegenüber der Europäischen Gemeinschaft eine immer größere Notwendigkeit gegenübersteht, europäisch zu entscheiden und zu handeln. Die vierte Ebene der Politik neben Gemeinden, Land und Bund ist immer dringender ins Spiel zu bringen. Es hat gerade in den letzten Wochen und Monaten eine Reihe von Ereignissen gegeben, die dies ins öffentliche Bewußtsein heben. Ich erinnere an die skandalöse Seveso-Fässer-Giftmüll-Affäre. Ich erinnere an das Waldsterben, das nun endgültig jedermann klargemacht hat, daß nationale Umweltschutzlösungen allein nicht ausreichen, auch wenn es richtig ist, wenn die Bundesrepublik Deutschland den Schritt zum bleifreien Benzin notfalls alleine macht und dadurch den Anstoß zu einer europäischen Lösung verstärkt.

Ich erinnere aber auch an die europäische Industriepolitik, an die Probleme mit Stahl, an die Probleme mit Kohle, die in einem Land allein nicht lösbar sind. Ich erinnere an die Beschäftigungsfrage, die ebenfalls grenzüberschreitend angepackt werden muß oder nicht wirklich gelöst werden kann. Ich erinnere wie schon 1979 daran, daß sich die Unternehmer längst grenzüberschreitend organisiert haben und eine übernationale Mitbestimmung die einzige Antwort auf die Herausforderung durch die multinationalen Unternehmen wäre. Und nicht zuletzt erinnere ich daran, daß der eigentliche Existenzgrund der Europäischen Gemeinschaft Frieden war und Frieden ist. Seine Aufgaben stellen sich heute anders aber nicht weniger drängend als damals zu Beginn der 50er Jahre bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Immer deutlicher wird es für die Europäer, daß sie besondere gemeinsame Interessen haben. Vom Erdgasröhrengeschäft bis zur Ablehnung einer Embargopolitik gegen Osten, von der Intensität des Abrüstungsverlangens bis zu einer differenzierten Betrachtung der Nord-Süd-Beziehung (das heißt eben nicht durch die schwarz/weiße Ost-West-Brille), ist dies in den vergangenen zwei Jahren deutlicher geworden. Aber um diese besonderen gemeinsamen Interessen in der Außenpolitik, in der Abrüstungspolitik, in der Außenhandelspolitik zum Tragen zu bringen, müssen sie gemeinsam formuliert, müssen sie gemeinsam vertreten, müssen sie mit einem zusammengelegten Gewicht der Europäer ins Spiel gebracht werden.

Trotz aller Kritik und Unzufriedenheit mit der Europäischen Gemeinschaft brauchen wir sie dennoch unvermindert, ja mehr denn je. Resignation ist nicht erlaubt. Es gibt nur den Durchbruch nach vorn. Wir brauchen die Europäische Gemeinschaft, wir brauchen auch das Europäische Parlament. Als Überzeugte Demokraten können wir auf keiner Ebene des politischen Handelns nur den Regierungen, den Bürokratien, den Technokraten das Feld überlassen.

Es gibt einen weißen Fleck parlamentarischer Kontrolle und der muß ausgefüllt werden. Ein erster Schritt war die Direktwahl des Europäischen Parlaments, der zweite heißt mehr Rechte für dieses Europäische Parlament. Bürger, die zur Direktwahl von europäischen Abgeordneten nun bald ein zweites Mal aufgerufen werden, wollen wissen, was diese Abgeordneten denn eigentlich zu sagen haben. Sie haben ein Recht darauf, daß sie mit diesem Wahlakt ihrerseits durch die Abgeordneten mehr Einfluß bekommen.

Am 17. Juni 1984 geht es um die Rolle der Europäischen Gemeinschaft und des Europäischen Parlaments und darum, wieviel Einfluß Sozialdemokraten und Sozialisten auf die zukünftige Entwicklung der EG erhalten.



Es geht auch um einen ersten bundesweiten Test für die Wählereinschätzung gegenüber der SPD seit dem 6. März. Es sind dann gut 15 Monate vergangen, in denen die Rechtskoalition hat zeigen müssen, was aus ihren Versprechen wird. Ich halte die Enttäuschung der Bürger über die Politik der Konservativen für vorprogrammiert - und stütze mich dabei gern auch auf die Analyse des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht. Auf der anderen Seite: Woher kommen eigentlich neue Denkanstöße zur Lösung der Aufgaben unserer Zeit? Doch nur von uns. Die Innerparteiliche Diskussion zeigt es, das Dortmunder Wahlprogramm hat es gezeigt, das noch zu diskutierende europäische Wahlprogramm wird es zeigen. Das muß sich in Wählerstimmen niederschlagen, das kann sich in Wählerstimmen niederschlagen, wenn die Wahlbeteiligung hoch genug wird, wenn wir genug mobilisieren.

Laßt uns diesen Wahlkampf entschieden, konstruktiv, überzeugt führen. Laßt uns eine sozialdemokratische Begründung für die europäische Integration in den 80er und 90er Jahren geben, die vor allem auch die jüngere Generation überzeugt. Laßt uns anknüpfen an das Lebensgefühl und die Lebensbedürfnisse der Menschen in der Europäischen Gemeinschaft, an ihr soziales Gerechtigkeitsgefühl, an ihren Wunsch, daß der Mensch in den Mittelpunkt der europäischen Politik rückt, daß die europäische Identität, die Besonderheit der europäischen Gesellschaft mehr zum Tragen kommt zwischen den Blöcken. Laßt uns verschwommenen Vorstellungen vom christlichen Abendland oder großen Verfassungsentwürfen klare Forderungen für eine Europäische Gemeinschaft entgegenhalten, die zu einer neuen Qualität des Zusammenlebens beiträgt.

Dazu gibt es gute Ansätze aus der Arbeit des Europäischen Parlaments. Da ist einmal die unablässige Bemühung des Europäischen Parlaments - im wesentlichen durch sozialistische Initiativen geprägt - im Haushalt umzuschichten: Weniger Mittel für die Agrarüberschußverwertung einzusetzen und mehr für den Regionalfonds zur Bekämpfung der Kluft zwischen reichen und armen Regionen, für den Sozialfonds, zum Beispiel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, für Entwicklungshilfe als Ausdruck unserer Solidarität mit den ärmsten Menschen in der Welt. Diese Umschichtung ist Jahr für Jahr in zäher, mühevoller Arbeit den Regierungen abgetrotzt worden, ist durch den Haushalt als politischer Wille zum Ausdruck gekommen, auch wenn der ganze Haushalt der Europäischen Gemeinschaft nach wie vor nur etwa so groß wie der des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen ist. Das hat Signalwirkung für den Willen des Europäischen Parlaments, die Europäische Gemeinschaft unzuorientieren in eine andere Wirklichkeit.

Da ist zweitens die wesentlich verbesserte Haushaltskontrolle. Die Europäische Kommission in Brüssel nimmt dieses direktgewählte Parlament mit seiner strengen Kontrolle ihrer Ausgabentätigkeit ernster als das früher der Fall gewesen ist. Wir wissen im Bunde mit dem Europäischen Rechnungshof heute genauer, wofür das Geld ausgegeben wird. Die Bedingungen für die Haushaltsentlastung sind wesentlich strenger geworden. Die Ausgabenpolitik wird besser. Und wenn man mehr über Mißstände hört, so hat das damit zu tun, daß wir sie aufdecken um sie abzustellen.

Dann gibt es Entscheidungen auf der europäischen Ebene mit Direktwirkung in unseren nationalen Bereich hinein, die für große Gruppen von Menschen von unmittelbarer Bedeutung sind. Ich erinnere an die Richtlinien für die Gleichberechtigung der Frauen in Europa, die schon im Wahlkampf 1979 eine Rolle gespielt haben, Richtlinien für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, für gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt und für Ausbildung, für Gleichberechtigung in der sozialen Sicherung. Die Frauen in der Bundesrepublik Deutschland können sich auf diese Richtlinien berufen und Sozialdemokraten im Bundesrat und im Bundestag tun das, wenn sie Initiativen ergreifen, um das sogenannte arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz zu verbessern.

(-/13.9.1983/ks/hgs)

+ + +

Auszug aus der Rede Katharina Fockes vor den Delegierten des Landesparteitags der baden-württembergischen SPD am 10. September 1983 in Offenburg



## Erfinder einer anderen EG-Agrarpolitik

Sicco Mansholt zum 75. Geburtstag

Von Klaus Wettig MdEP

Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments

"In den ersten vier Jahren des Gemeinsamen Marktes lag der Akzent auf einer Politik der Sozialstrukturen - man kommt immer wieder darauf zurück. Aber wenn man die Strukturen ändert, muß der einzelne Landwirt die Möglichkeit haben, seine unrationale Produktionsweise umzustellen, und das wiederum geht nur, wenn man ihm andere Existenzmittel anbietet oder - wenn es gar nicht anders geht - eine Rente. Etwa fünf bis sechs oder auch sieben Prozent aller Höfe müßten umgestellt werden, oder sie müßten ihren Betrieb einstellen. Nur dann wird es keine Überschüsse mehr geben."

Als der damalige Agrarkommissar, der Sozialist Sicco Mansholt, 1969 derartige Gedanken in seinen Vorschlägen für eine Gemeinsame Agrarstrukturpolitik, dem sogenannten Mansholt-Plan, äußerte, ging ein Aufschrei durch die europäische Landwirtschaft. Dieser Mann wolle die Bauern Europas ruinieren, hieß es. Dabei war dieser Mann selbst Landwirt und er wußte genau, wovon er sprach. Schon sein Vater, ebenfalls Landwirt, hatte als Agrarpolitiker für eine Strukturreform in der Landwirtschaft gekämpft und er hatte bereits zu Beginn des Jahrhunderts gefordert, ein landwirtschaftlicher Betrieb müsse 50 bis 75 Hektar groß sein, um leistungsfähig arbeiten zu können. (Die durchschnittliche Betriebsgröße in der Bundesrepublik liegt heute bei 15 Hektar.)

Mansholt hat die Landwirtschaft von der Pike auf gelernt. Am 13. September 1908 geboren, wuchs er auf dem elterlichen Hof auf. Nach dem allgemeinen Schulabschluß besuchte er eine Schule für tropische Landwirtschaft und arbeitete von 1932 bis 1934 auf einer Tee-plantage in Indonesien. Nach seiner Rückkehr war er zwei Jahre lang Landarbeiter und übernahm 1936 einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb. Während des Krieges ging der überzeugte Sozialist in den Widerstand und organisierte die Versorgung der Untergrundkämpfer. 1945 wurde er zum Landwirtschaftsminister der Niederlande ernannt und bereits damals machte er die landwirtschaftliche Sozialpolitik und die Strukturpolitik zu den Schwerpunkten seiner Arbeit. Mansholt blieb zwölf einhalb Jahre niederländischer Landwirtschaftsminister. Seit 1948 engagierte er sich für die europäische Einigung; zehn Jahre später, 1958, wurde er zum ersten Kommissar der Europäischen Gemeinschaften für Agrarfragen benannt.

Die von ihm wesentlich bestimmte Konferenz von Stresa (1958), auf der die Grundlagen der EG-Agrarpolitik erarbeitet wurden, legte die Agrarstrukturpolitik und die Preispolitik als gleich bedeutsame Elemente der Gemeinsamen Agrarpolitik fest. Doch obwohl Mansholt Agrarkommissar bis 1972 blieb, hat er nicht verhindern können, daß sich die Gemeinsame Agrarpolitik - vor allem durch den Einfluß de Gaulles - sehr schnell in eine andere als die von ihm gewünschte Richtung entwickelte. Die Preispolitik erhielt zunehmend größeres Gewicht, Strukturpolitik fand nur noch am Rande statt.

Dagegen setzte er in einem großen Kraftakt 1969 seine Vorschläge für eine Gemeinsame Agrarstrukturpolitik und erreichte immerhin, daß 1972 drei Richtlinien erlassen wurden, die Ausbildungs- und Modernisierungsmaßnahmen zur Strukturverbesserung sowie eine Landabgaberente ermöglichten.

Das Geschrei und die Diffamierungskampagnen, mit denen große Teile der europäischen Landwirtschaft 1969 auf Mansholts Vorschläge reagierten, sind inzwischen abgeklungen. Dennoch sieht das EG-Budget 1983 für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur lediglich 1,5 Milliarden DM vor, während für die Preispolitik mindestens 32 Milliarden DM ausgegeben werden müssen. Eine intensive Agrarstrukturpolitik der EG fehlt bis heute.



Obwohl inzwischen fast alle Experten darin übereinstimmen, daß die Hauptprobleme der europäischen Landwirtschaft auf ihre in großen Teilen völlig unwirtschaftliche Struktur zurückzuführen sind, droht sich die Auseinandersetzung von 1969 zu wiederholen. Wer heute für eine Strukturreform plädiert, um "den Jungbauern die Möglichkeit (zu) geben, in einer ständig wachsenden modernen Wirtschaftsgesellschaft, einer sehr technologischen Gesellschaft, mit ihren Familien ein menschenwürdiges Leben zu führen", wie Mansholt es formuliert hat, der wird auch heute noch als Feind der Landwirtschaft diffamiert. Daß diese Forderung nichts mit blindem Wachstumsglauben zu tun hat, dafür ist Mansholt selbst das beste Beispiel. Denn seine Forderung nach einer Verbesserung der Agrarstruktur gehen Hand in Hand mit der dringenden Aufforderung, die Grenzen des Wachstums in den modernen Industriege-  
sellschaften zu sehen und die Politik entsprechend umzugestalten.

Die EG-Agrarstruktur-Richtlinien laufen Ende dieses Jahres aus. Dann müssen neue Beschlüsse über die Zukunft der Agrarstrukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft gefaßt werden. Man würde nicht nur Mansholt die ihm zustehende Referenz, sondern man würde auch der europäischen Landwirtschaft einen großen Dienst erweisen, wenn man sich gerade jetzt wieder an Mansholts Forderungen erinnerte, die er bereits 1958 in Stresa vertreten hat: Man dürfe den Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik nicht aus dem Auge verlieren und man könne die Probleme der Landwirtschaft nicht durch die Markt- und Preispolitik allein lösen; erforderlich seien ebenso Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik und der regionalen Strukturpolitik.

20 Jahre Preispolitik haben die EG-Agrarpolitik zum Sprengsatz der Gemeinschaft werden lassen. Man sollte jetzt endlich auf das Konzept einer anderen EG-Agrarpolitik zurückgreifen, für das Mansholt wesentliche Anregungen gegeben hat.

(-/13.9.1983/hj/hgs)

+ + +



Für ein neues Bündnis der politischen Vernunft  
-----

Frieden sichern, Arbeit schaffen, Umwelt schützen

Von Gerd Benner

Mitglied des Bundesvorstands der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Durch die Veranstaltungen zum Anti-Kriegstag am 1. September ist durch die Gewerkschaften die entscheidende Friedensdiskussion in diesem Herbst eingeleitet worden. Durch ihre Teilnahme an den friedenspolitischen Veranstaltungen in den nächsten Wochen werden die sozialdemokratischen Arbeitnehmer und Gewerkschafter ihr Engagement für Frieden und Abrüstung dokumentieren.

Bei dem möglicherweise heftigen Streit um den richtigen Weg zur Friedenssicherung und gegen weitere Aufrüstung dürfen die unverändert aktuellen Sorgen und Probleme der arbeitenden Menschen aber nicht unter die Räder kommen. Es kommt darauf an, diese beiden Hauptaufgaben "Arbeit und Frieden" miteinander zu verknüpfen und damit breite Bevölkerungsschichten zu mobilisieren.

Die unsoziale Politik der Bonner Rechtskoalition und die "Denkanstöße" maßgeblicher CDU-Politiker, wie Haimo George und Ministerpräsident Albrecht, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, stellen eine Verhöhnung der Wähler und Arbeitnehmer dar und dürfen nicht einfach hingenommen werden. Während es das Ziel von Sozialdemokraten und Gewerkschaften ist, die politische und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihre Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft zu verwirklichen, zielen die Politik der Bonner Rechtskoalition und die Vorschläge führender Unionspolitiker darauf ab, die Arbeitnehmerschaft zu entsolidarisieren, wirtschaftlichen und sozialen Druck auf die Arbeitnehmer auszuüben und sie in neue wirtschaftliche und soziale Abhängigkeiten zu bringen. Die SPD ist dazu aufgerufen, diesen konservativen Zynismus gegenüber den arbeitenden Menschen beim Namen zu nennen und ihre eigenen politischen Alternativen aufzuzeigen.

Neben der Sicherung des Friedens und der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geht es den Arbeitnehmern aber auch um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und um den Kampf gegen die zunehmenden Umweltbelastungen. Die Arbeitnehmer lassen sich in keinen Gegensatz zwischen ihren sozialen und ökonomischen Interessen einerseits und den Schutz der Umwelt andererseits drängen.

In dieser Lage kommt es darauf an, den Blick nach vorn zu richten, die großen politischen Zukunftsaufgaben anzugehen und Widerstand zu leisten gegen die Demontage des Sozialstaats.

Die Hauptaufgaben für die SPD müssen sein:

- Die Zukunft der Arbeit zu sichern durch energisches Eintreten für eine aktive Beschäftigungs- und Strukturpolitik durch den Staat und für eine Verkürzung der Arbeitszeit.
- Den Frieden zu sichern durch weniger und nicht mehr Rüstung, durch Entspannung statt neuem kalten Krieg.
- Umwelt und Natur zu schützen durch Investitionen vor allem im Energie- und Umweltbereich.

Diese Zielsetzungen mit der Kernsubstanz der Sozialdemokratie - das sind die breiten Schichten der Arbeitnehmer - und darüber hinaus auch mit anderen Teilen unserer Bevölkerung zu einem "Bündnis der politischen Vernunft" zu verbinden, muß unser Weg sein, der zu einer Stärkung und neuen politischen Mehrheitsfähigkeit der SPD führt.

Das Bewußtsein der Bevölkerung für eine konsequente Friedens- und Entspannungspolitik, für die Verantwortung des Staates in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik, aber auch für persönliche finanzielle Beiträge zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, ist durchaus vorhanden. Die SPD hat hier die Chance, durch eine klare Benennung ihrer politischen Ziele wieder meinungsführend in der Wählerschaft zu werden.

(-/13.9.1983/ks/hgs)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier